



Im vergangenen Jahr fand am IIS eine zweitägige internationale Konferenz zum Thema: „30 Jahre UNESCO – sozialistische und bürgerliche Konzeptionen zum Kultur-, Wissenschafts- und Informationsaustausch zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ statt. Daran nahmen 60 Wissenschaftler aus 5 Ländern teil. (Foto: HFBS)

Wie die Genossen jeder Grundorganisation stehen auch die Genossen des Instituts für internationale Studien vor der großen und schönen Aufgabe, den 20. Jahrestag der Gründung der DDR würdig vorzubereiten. Außerdem ist das Jahr 1979 auch das Jahr der 10. Wiederkehr der Gründung des Instituts. Das bedeutet, solchen Kriterien gerecht zu werden, die das Parteiaktiv an der KNU vom 18. 1. 1978 vorgab – Leistungszuwachs, Atmosphäre der Disziplin, hohe Qualität und Praxisrelevanz sowie konzeptionelle Kreativität.

die weitere Wissenschaftsprofilierung geben. Im Zeitraum bis zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR stehen vor allem zwei Forschungsprojekte im Mittelpunkt der Arbeit, die gleichzeitig einer besonderen Parteidiskussion unterliegen. So wird im direkten Zusammenhang mit der 1979 veranstalteten Konferenz 1980 eine Monographie zu o.g. Fragen unter Leitung von Doz. Dr. sc. Siegfried Zeimer erscheinen. Diese Monographie ist die erste ihrer Art, am Institut, die in Kooperation mit der Fakultät für internationale Beziehungen und Völkerrecht der Kiewer Staatlichen Universität „T. Schevtschenko“ entsteht. Damit werden die bereits bestehenden guten wissenschaftlichen Verbindungen mit den sowjetischen Wissenschaftlern noch weiter ausgebaut und vertieft. Gegenseitige Beteiligung an Konferenzen, Austausch von Wissenschaftlern, Forschungsergebnissen und gemeinsamen Publikationen zu

Parteikontrolle in Forschung und neuer Studentenzirkel

aus verschiedenen gesellschaftswissenschaftlichen Sektoren kommen, sollen sich auf folgende inhaltliche Aufgaben konzentrieren: Politik der friedlichen Koexistenz und ihr Klassencharakter – die dialektische Einheit von Politik der friedlichen Koexistenz und revolutionärem Weltprozess, von Entspannungspolitik und zunehmender Klassenauseinandersetzung auf den Gebieten der Ökonomie, der Politik, Ideologie und Kultur. Dabei sind die positiven Erfahrungen des jetzt auslaufenden interdisziplinären Studentenzirkels unter Leitung von Prof. Dr. sc. Erhard Hexelschneider voll zu nutzen und darauf aufbauend die eigenständige schöpferische Arbeit der Studenten noch weiter zu entwickeln.

Grundfragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit waren erste Schritte auf dem Wege der schöpferischen kooperativen Zusammenarbeit beider Einrichtungen. Das bedeutsamste Projekt im Rahmen der disziplinorientierten Forschung ist das Lehrbuch „Staatsrecht bürgerlicher Staaten“, im Umfang von 21 Kapiteln, das unter Leitung von Prof. Dr. sc. Wolfgang Menzel erarbeitet wird. Es ist die erste derartige Edition in der DDR und gibt aus marxistisch-leninistischer Sicht eine relativ geschlossene Übersicht über den Staats- und Rechtsaufbau in imperialistischen Hauptländern. Dieses anspruchsvolle Werk soll in Ausbildung und Erziehung einen wesentlichen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Imperialismus bilden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sollen für die Leitung weiterer Forschungsprojekte sorgfältig ausgewertet werden.

Im Rahmen der Forschung werden sowohl die disziplinorientierte Forschung der einzelnen Wissenschaftsbereiche als auch die darauf aufbauende interdisziplinäre Forschung die tragenden Säulen für die zu erarbeitenden Wissenschaftsprojekte sein. Hierbei sind vor allem die Reserven und neuen Potenzen, die sich aus einer interdisziplinären Zusammenarbeit am IIS als auch darüber hinaus im Rahmen der KNU und mit Praxispartnern ergeben, voll auszuschöpfen. Eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Gelingen ist dabei, die politisch-ideologische Bereitschaft eines jeden Genossen Wissenschaftler zu optimaler Leistung im Fach und in der interdisziplinären Zusammenarbeit zu erreichen und speziell die Genossen Hochschullehrer als Hauptinitiatoren ständig zu mobilisieren. Durch die gestellten Forschungsaufgaben wird der internationalen Lage Rechnung getragen. Für 1979 ist eine Institutskonferenz mit internationaler Beteiligung geplant, die sich mit Fragen der Kritik bürgerlicher Theorien zu den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen beschäftigen soll. Im Gefolge dieser Konferenz wird eine Arbeitskonferenz über die wissenschaftliche Entwicklung des IIS organisiert sowie eine ausführliche Rechenschaftslegung über die erreichten Ergebnisse nach zehnjährigem Bestehen des IIS vorgenommen und ein Ausblick auf

Die Projektleiter berichten regelmäßig vor der Parteileitung über den Stand der Arbeit und über die im Prozess der Erarbeitung auftretenden Probleme. Dadurch gelingt es rechtzeitig bestimmte inhaltliche als auch politisch-ideologische Hemmnisse zu beseitigen. Die Konzeption des IIS für die weitere Entwicklung auf den Gebieten der Lehre und der Forschung war Gegenstand intensiver Parteiberatungen, so daß jeder Genosse der Grundorganisation die anstehenden und mit hoher Qualität zu lösenden Aufgaben als sein persönliches Kampfprogramm ansehen muß.

Um dieser Aufgabenstellung voll und ganz gerecht zu werden sind die Reden des Genossen Erich Hübner in Dresden und Berlin die grundlegende Orientierung. Das so einfach Gesagte: „Jeder Genosse leistet sein Bestes in Vorbereitung auf den 30. Jahrestag der DDR“, ist im täglichen Arbeitsprozess zu realisieren.

Dr. Karin Meier, stv. GO-Sekretär

Thema: Der Kampf der KPdSU für die sozialistische Industrialisierung und für die technische Rekonstruktion der Volkswirtschaft der UdSSR (zwanziger und dreißiger Jahre) Schwerpunkte: 1. Der Kampf der KPdSU um die Verwirklichung der Leninschen Lehre über die sozialistische Industrialisierung in der UdSSR und seine Hauptereignisse. 2. Die allgemeingültigen Erfahrungen bei der sozialistischen Industrialisierung und technischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft der UdSSR und ihre schöpferische Anwendung durch die SED.

seminar zum studium der Geschichte der KPdSU

Unmittelbar nach dem XIV. Parteitag der KPdSU (8. Dezember 1925), der als Parteitag der sozialistischen Industrialisierung in die Geschichte einging, begannen die Arbeiter am Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR. Die grundlegenden Orientierungen zur Ausarbeitung des Plandokumentes wurden von der Partei auf dem XIV. und XV. Parteitag gegeben und dabei antilenninistischen Kräften (Trotzki, Sinowjew, Kamenjew und andere) eine klare Abfuhr erteilt. „Wir müssen unsere Wirtschaft so aufbauen“, führte auf dem XIV. Parteitag der Generalsekretär des ZK aus, „daß unser Land nicht zu einem Anhängsel des kapitalistischen Weltsystems werde... daß sich unsere Wirtschaft nicht als Hilfsbetrieb des Weltkapitalismus entwickle, sondern als eine selbständige Wirtschaftseinheit, die sich hauptsächlich auf den inneren Markt, auf den Zusammenschluß unserer Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft unseres Landes stützt.“

Der XIV. Parteitag der KPdSU (8. Dezember 1925) verabschiedete die Direktive zur Aufstellung des Fünfjahresplanes, die eine klare Orientierung für die Grundrichtung des Plans, nämlich die schnelle und vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie und die Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen für die Kollektivierung der Landwirtschaft gab. Im Mai erobert der V. Sowjetkongress der UdSSR den Plan zum Gesetz. Die politische Hauptaufgabe des ersten Fünfjahresplanes bestand in der Verdrängung der kapitalistischen Elemente aus dem Wirtschaftsleben und in der Sicherung des Sieges der sozialistischen Wirtschaftsweise. Zugleich nahm die Partei Kurs auf die Überwindung der Rückständigkeit der Landwirtschaft. Mit dem Fünfjahresplan ging die Partei einen wichtigen Schritt zur Realisierung des Grundgesetzes des Sozialismus, der immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse sowie aller anderen Werktätigen,

festigte die Diktatur des Proletariats und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und sicherte die wirtschaftliche Selbständigkeit und die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Der erste Fünfjahresplan ist ein äußerst bedeutendes geschichtliches Dokument: zum ersten Mal wurde ein umfassender volkswirtschaftlicher Perspektivplan erarbeitet, wurde die sozialistische Industrialisierung zur politisch-ökonomischen Hauptaufgabe des Aufbaus einer neuen Gesellschaft erhoben und bis heute gültige wissenschaftliche, Planungsprinzipien begründet. In der Direktive wurde auf konkrete Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus eingegangen und z. B. die große Bedeutung richtiger Beziehungen zwischen der Entwicklung der Schwer- und der Leichtindustrie unterstrichen sowie vor der Gefahr einer einseitigen Konzentration aller Mittel auf große Investitionsprojekte gewarnt; ein schneller Umschlag der Gelder in der Leichtindustrie gestattete es, deren Mittel auch für den Aufbau in der Schwerindustrie auszunutzen. Somit wurde in der Direktive trotz der notwendigen, vorrangigen Konzentration auf die sozialistische Industrialisierung deutlich auf eine möglichst allseitige Produktion im Sozialismus orientiert, mit dem Ziel, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. In einer komplizierten Zeit entwickelte die Führung der KPdSU die Theorie des Marxismus-Leninismus weiter, indem sie zum ersten Mal wissenschaftlich und praktisch das Beispiel und Vorbild einer sozialistischen Gesellschaft schuf. Hier wird die westliche Fälschung der Wirtschaftsgeschichte der UdSSR deutlich: die sowjetische Wirtschaftstrategie würde das Wohl des Menschen aus dem Auge lassen, auf den Knochen der Menschen ginge es um die Durchsetzung wirtschaftlichen Wachstums um jeden Preis. Die Direktive des XV. Parteitages für den ersten Fünfjahresplan beweist, daß solche Feststellungen nicht der Realität entsprechen. Die Politik der

Sowjetunion war von Anfang an und auch in den schweren Jahren der sozialistischen Industrialisierung auf das Wohl der Werktätigen gerichtet. L. I. Brezhnew betonte auf dem XXIV. Parteitag, daß die Partei von Anfang an alles getan habe, um das Grundgesetz des Sozialismus zu verwirklichen. „Unsere Möglichkeiten waren jedoch in Anbetracht der bekannten historischen Umstände lange Zeit begrenzt. Bekanntlich waren wir in den ersten Etappen des sozialistischen Aufbaus genötigt, uns auf das Allerwichtigste, nämlich darauf zu konzentrieren, wovon die Existenz des jungen Sowjetstaates überhaupt abhing. Heute ist die Situation anders. Wir wollen nicht nur – das wollten wir schon immer – sondern wir können und müssen einen größeren Kreis von Aufgaben gleichzeitig lösen.“ In der Direktive über den ersten Fünfjahresplan wurden Probleme wie „Regulierung der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land“, da auf diesem Gebiet die „grundlegenden Schwierigkeiten und Probleme der Wirtschaftspolitik des Proletariats liegen“, genannt. Wichtige Hinweise enthielt die Direktive auch zum richtigen Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsmitteln, zwischen Schwer- und Leichtindustrie sowie zu den notwendigen Proportionen zwischen der Verteidigungsindustrie und der Produktion für den Markt. Die Partei betonte in der Direktive auch die Bedeutung der Rationalisierung der Produktion für die Erfüllung des Plans. Zum ersten Mal ging die KPdSU an die Lösung von Aufgaben des sozialistischen Aufbaus heran, die absolutes Neuland waren. Ihre dabei gewonnenen Erfahrungen, die auch in Wirtschaftsrichtlinien dieser Art niedergelegt sind, konnten später von den Bruderparteien in den anderen sozialistischen Ländern genutzt werden und sind noch heute von höchster Aktualität.

Dr. Hartmut Küstner

Arbeitsunfall - Ursachenprüfung, um ähnliches zu vermeiden

Von Dr. Annemarie Süßmich, Sekretär der UGL

Schutz der Gesundheit und Arbeitskraft ist ein in unserer Verfassung garantiertes Grundrecht. Auch das AGB trägt durch konkrete Festlegung der Verantwortung für die Realisierung der Erfordernisse des Gesundheits- und Arbeitsschutzes zur Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgabe bei. Im AGB sind aber auch die Garantien der sozialen Sicherheit für den Fall enthalten, daß sich trotz dieser umfassenden Maßnahmen ein Unfall ereignet.

Wann liegt ein Arbeitsunfall vor?

Die Definition des Arbeitsunfalls ist im § 220 (1) AGB enthalten. Danach ist ein Arbeitsunfall eine Verletzung des Werkstätigen im Zusammenhang mit dem Arbeitsprozess, welche durch ein plötzliches, von außen wirkendes Ereignis hervorgerufen wurde. Ohne an dieser Stelle eine umfassende Interpretation aller zu prüfenden Voraussetzungen vornehmen zu wollen, ist grundsätzlich festzustellen, daß damit nicht nur Körperschäden erfasst werden, welche bei Ausführung der vereinbarten Arbeitsaufgabe entstanden. Vielmehr gehören zum Arbeitsprozess auch andere Arbeiten für die KNU oder mit der Arbeit verbundene Situationen (z.B. Einnahme des Essens in der Pausenversorgungseinrichtung).

Im AGB sind auch verbindliche Regelungen darüber enthalten, in welchen Fällen nicht im Zusammenhang mit dem Arbeitsprozess entstandene Körperschäden bezüglich der daraus für den Werkstätigen entstandenen Rechtsansprüche als Arbeitsunfälle behandelt werden, das sind:

- § 220 (2) AGB, die sogenannten Wegeunfälle, also Unfälle auf einem mit der Tätigkeit im Betrieb zusammenhängenden Weg von der Wohnung zur Arbeitsstelle und zurück,
- § 220 (3) AGB, die Unfälle bei organisierter gesellschaftlicher, kultureller oder sportlicher Tätigkeit,
- § 220 (4), die Körper- oder Gesundheitsschäden, welche durch Ausübung des Dienstes bei den befähigten Organen bzw. der Zollverwaltung entstanden.

Verhalten des Werkstätigen

Die Prüfung, ob ein Arbeitsunfall vorliegt, erfolgt anhand der objektiven Tatsachen. Für die Anerkennung als Arbeitsunfall ist nicht ausschlaggebend, ob der Werkstätige durch sein Verhalten den Unfall herbeigeführt hat. Das befreit den Betrieb nicht von der Verpflichtung, die Prüfung aller Ursachen und begünstigenden Bedingungen exakt vorzunehmen. Ziel dieser Analyse ist es, Unfälle ähnlicher Art künftig zu vermeiden, aber nicht die soziale Sicherheit des verletzten Werkstätigen zu mindern. Wird jedoch der Unfall durch Alkoholkonsum verursacht, erfolgt gem. § 220 (5) AGB keine Anerkennung als Arbeitsunfall. Es ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß nach der Arbeitsordnung der KNU der Genuß von Alkohol während der Arbeitszeit nicht gestattet ist. Sofern festgestellt wird, daß der Werkstätige Alkohol zu sich genommen hat, wird bei der Prüfung des Unfalls exakt zu prüfen sein, ob der aus dem Alkoholkonsum resultierende Zustand zum Unfall führte. Entstand der Unfall durch Ereignisse, welche mit dem Alkoholkonsum in keiner Beziehung standen (z. B. Handlungen anderer Mitarbeiter), ist natürlich die Anerkennung als Arbeitsunfall vorzunehmen.

Anerkennung als Arbeitsunfall

Jeder Arbeitsunfall muß als solcher anerkannt werden. Die Anerkennung erfolgt durch die Betriebsgewerkschaftsleitung. An der KNU wird diese Befugnis im Auftrag der UGL durch den Rat für Sozialversicherung wahrgenommen. Die Spezifik, daß in diesem Falle die Leitungsorgane des Betriebes, also z. B. die Arbeitsschutzinspektion der KNU, keine Entscheidungsbefugnis haben, ergibt sich daraus, daß dieselbe Grundlage der Gewährung von Sozialversicherungsleistungen ist. Sofern ein Ereignis nicht als Arbeitsunfall anerkannt wird, sind deshalb für die Überprüfung der Entscheidung nicht die Kommissionen, sondern die Kreisbeschwerde-

rechtsfragen § UZ

Kommissionen der Sozialversicherung zuständig.

Sozialversicherungsleistung

Tritt durch den Arbeitsunfall eine Arbeitsunfähigkeit ein, ist der Werkstätige für die entsprechende Zeit von der Arbeit befreit. Der Verdienstausfall ist durch entsprechende SV-Leistungen zu ersetzen. Durch die Garantie der sozialen Sicherheit bei Arbeitsunfall verpflichtet der sozialistische Staat einen Teil seiner Verantwortung für die Erhaltung des Arbeitsvermögens der Werkstätigen. Die Notwendigkeit einer umfassenderen Sicherung als bei sonstigen Arbeitsunfähigkeiten wegen Krankheit ergibt sich aus der besonderen Situation, in welcher die Körperschädigung entstand. In dem der Werkstätige entweder im Zusammenhang mit dem Arbeitsprozess – also bei Tätigkeiten für die Gesellschaft – oder in gesellschaftlich besonders zu würdigenden Situationen (z. B. organisierte gesellschaftliche Tätigkeit) geschädigt wurde, entsteht eine besondere Verantwortung, ihn zumindest materiell in vollem Umfang sicherzustellen.

Die Leistungen der Sozialversicherung betragen deshalb bei allen Arbeitsunfällen 100 Prozent des Nettodurchschnittsverdienstes. Diese Krankengeldzahlung erfolgt sowohl beim Arbeitsunfall gem. § 220 (1) AGB, als auch bei Wegeunfällen und Unfällen bei organisierter gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Tätigkeit sowie bei Folgeschäden, die aus dem Dienst bei den befähigten Organen resultieren. Die Zahlung erfolgt zeitlich unbegrenzt, d. h. bis zur Wiederherstellung der Gesundheit bzw. zur Invalidisierung des Werkstätigen. (Der Ausgleich eines darüber hinausgehenden Schadens wird in einem gesonderten Beitrag behandelt)

Post in eigener Sache

In der UZ Nummer 9 des Jahres fragten wir unsere Leser nach ihrer kritischen Meinung zu unseren Beiträgen in der Rubrik „Parteijahr aktuell“. Unter den Zuschriften war auch die von Kollegin Anneliese Leyn, Bearbeiterin für Information im Referat Ordnung und Sicherheit, die wir auszugeweiht wiedergeben wollen. Sie äußert ihre Meinung zu den Fragen: Werden unsere Argumentationen gebraucht? Wie arbeitet ihr mit ihnen? Spielt sie in der Vorbereitung oder im Seminar direkt oder indirekt eine Rolle? Was gefüllt, was sollte besser gemacht werden?

„Für mich ist die Teilnahme am Parteijahr eine günstige Gelegenheit, außerhalb meiner Familie mit Gleichgesinnten über politische Probleme diskutieren zu können... Darum versuche ich, aus dieser Vergünstigung so viel wie möglich an Erkenntnissen und Erfahrungen zu gewinnen. Deshalb nutze ich alle Möglichkeiten, mich auf die Zirkel intensiv vorzubereiten. Neben dem gründlichen Lesen von ND und LVZ, „Horizont“ und „Weltbühne“, dem Hören und Mitschneiden der Parteijahrhessungen von „Studio 70“ gehört dazu auch das Studium der Artikelserie „Parteijahr aktuell“ in der UZ. Diese Artikel in der UZ begrüße ich sehr und betrachte sie keinesfalls als Ersatz, sondern als willkommene Ergänzung zu den Studienhinweisen und zu darin genannten Literatur. Dabei lese ich nicht nur die Aufsätze für den Zirkel, den ich besuche („Zur Theorie und Politik der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR“), sondern auch die der anderen Zirkel. Ich empfinde es als Gewinn, dadurch auch einen Überblick über die dort behandelten Probleme zu bekommen. Nicht alle Artikel sind mir allerdings in gleicher Weise positiv in Erinnerung geblieben. Einige sind relativ schwer verständlich. Hier spricht zu sehr der Wissenschaftler und zu wenig der gute Propagandist.“

Zur Beantwortung der Fragen habe ich mir die Mühe gemacht, die bisher erschienenen 17 Artikel noch einmal zu lesen. Dabei habe ich jeden postschal nach drei Kategorien bewertet:

- a) sehr gut oder gut (überschaubare Sätze; Fakten und Argumente, die man sich einprägen kann, gute Diskussionsgrundlage)
- b) nicht zu beanstanden, aber auch nicht besonders hervorzuheben oder weiterzuerfassen
- c) schwer verständlich (zu lange Sätze, zu viele Fremdwörter, zu wenige Fakten und Argumente).

In der Zuschrift folgt dann die Aufzählung der 17 Artikel und die entsprechende Wertung, die Kollegin Leyn dann so zusammenfaßt: „Ich empfand 10 Artikel als sehr gut oder gut, 2 als nicht zu beanstanden, aber 5 als schwer verständlich.“

Bei der Sichtung fällt auf, daß dreimal Autoren sowohl in der Gruppe a als auch in der Gruppe c auftauchen, und zwar sind das Prof. Dr. Hentschel, Dr. Köbler und Dr. Kuhles. Dr. Köhler erscheint je einmal unter b und c. Vielleicht haben die Autoren in den Fällen c unter Zeitdruck gestanden oder nicht an diejenigen ihrer Leser gedacht, denen ihre Arbeit am meisten nutzen sollte? Oder waren hier die Redakteure zu wenig kritisch? Man darf ja nie aus den Augen verlieren, daß auch an der KNU nicht alle Genossen Wissenschaftler sind. Und gerade die Arbeiter und Angestellten unter den Genossen brauchen ein ihnen verständliches Hinführen an die Probleme der Zirkel doch ganz besonders. Zu viele Fachausdrücke und Fremdwörter und zu lange Sätze aber schicken ab. Zwar „sind“ nach meiner subjektiven Einschätzung doppelt so viele Artikel in Gruppe a als in Gruppe c, aber es wäre arbeitswert, wenn kein Artikel als schwer verständlich einzustufen wäre.“



Kollegin Anneliese Leyn vom Referat Ordnung und Sicherheit.